

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57  
Winterfeldtstr. 29 (Redakteur: Carl Dittmer)  
Fernsprecher Amt C 2746

Staats- und Gemeindefetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich Freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Postgebühren) 3 Mk.  
Postzustellungsliste Nr. 3164

## Gehen wir einer Wirtschaftskatastrophe entgegen?

**W**ir haben seit Monaten mit beheimlicher Sorge die Lage der Demobilisierung kommen sehen, weil keine Maßnahmen gegeben waren, die zurückflutenden Beheimlichen alsbald wieder dem Produktionsprozess einzuverleiben.

Jetzt ist die militärische Demobilisierung fast vollendet und man könnte vielleicht Genugtuung darüber empfinden, wenn nicht die graue Sorge immer offenkundiger ans Fenster pochte, ja zu erheblichem Teil bereits über die Schwelle getreten ist und eine ungeheure wirtschaftliche Not im Gefolge haben muß.

Gemessen am Kriegsumfall, das im letzten Jahr jeden Tag so ziemlich 1000 deutsche Tote kostete, mag dem einzelnen wie der Gesamtheit der gegenwärtige Zustand immerhin erträglich erscheinen. Aber wer schärfer hinsieht, sieht doch, daß auch jetzt täglich viele Hunderte beschossen und sterben müssen, einzig weil die Ernährungsverhältnisse noch immer nicht besser geworden wirtschaftlich systematisch deutscher Gefangener schmachten in harter Sklaventrone in Nordfrankreich ungeliebten Gefilden, und die Grausamkeit der imperialistischen Erbfeindschaft, uns volkswirtschaftlich systematisch auszulündern durch Zwangsabgabe von Lokomotiven, Waggons, Ader-

recht haben, selbst wenn dieses „Recht haben“ den eigenen Untergang bedeutet. Zwar zeigen sich an den einzelnen Orten des ärgsten Bruderkampfes Einigungsbestrebungen. Aber man muß schon einen sehr starken Optimismus haben, wenn man die unter gleichzeitiger Verunglimpfung der „kompromittierten Führer“ angestrebten Einigungsversuche nicht als bloße taktische Maßnahmen ansehen soll. Jedenfalls würden wir Gewerkschafter das recht baldige Zusammengehen beider sozialistischer Organisationen ohne alle Vorbehalte als das dringendste Gebot der Stunde mit Freuden begrüßen.

### Internationale Sozialistenkonferenz

Endlich — nach endlosem Warten gräßlich logischen Wahallins Hände, die Hände suchen, nicht Reden, Menschen, die Wege suchen, nicht Dekungen, und Worte und Liebe höher wagen als Pulver und HaB.

Gegenüber Männer der lange schweigenden Völker, zu Stimmen geworden dem Willen zu schönerer Zukunft, tatgewordene Schreie nach besserer Ordnung, nach Weltgemeinshaft, Gute und menschliche Würde.

So soll es ja werden: Daß vor den denkenden Silmen das Brüllen der Menschen und Wollen für immer verstumme, daß wieder Licht wird in Köpfen, Straßen und Stuben und Brot gedeibe zu: allen Fluren für alle!

Nach liegt ja das Schicksal Europas im Zwielicht des Morgens, nach ziehen die Nebel und rauchen die blutigen Herker, nach rufen aus tiefen Stimmen wie Sausen in Szenen unbändig wild und des Schreckens nach Landung so voll —

doch wärmt Euch an Hoffnung, Erstarrte auf Deck der Geschichte, wir haben die Loten, kühen wie Kolumbus, an Nord: bald fallen die Dünste, bald winken die grünen Geidae und hoch steht und herrlich die Sonne der Welt im Zenit!

Bruder Zickler.

Aber diese ferne Möglichkeit hilft uns nicht über den bitteren Latachen hinweg, daß selbst wenn eine Vereinigung zustande käme, an der volkswirtschaftlichen Notlage nichts geändert wäre! Denn das Antwort, daß unserem früheren System von uns so oft zugeworfen wurde, gilt nun auch für uns selber: „Spät!“

Gibt es noch eine Möglichkeit, den Zusammenbruch zu verhindern? Wir möchten es auch in dieser zwölfsten Stunde noch hoffen, und darum müssen wir erneut an alle unsere Kollegen den Appell richten: Werdet nicht mitfühlig am volkswirtschaftlichen Ruin, der Euch auf die Dauer doch am aller-

gerät um: ist einzig in der Weltgeschichte. Doch das deutsche Volk hat zurzeit noch größere Sorgen: Es droht der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch, der möglicherweise nicht nur der Arbeiterklasse die fürchterlichste Hungersnot beibringt, die je ein 70-Millionen-Volk getroffen, sondern der auch in hohem Grade die Errungenschaften der Revolution gefährdet und dem fürgerade reaktionären Regiment auf die Beine hilft.

Die deutsche Arbeiterklasse aber, die Trägerin der Revolution, ist sich weder einzig in den Mitteln der Zuhuch der furchtbaren Unheils, noch in den Zielen. Verlassen und gerettet sind die politischen Organisationen. Vergangenheitstrogen trennen sie, und niemand will verabschiedet Jeder mü-

schmersten treffen würde, durch planlose, von der Organisation nicht gebilligte wilde Streiks, sondern sucht auf dem Wege geordneter Verhandlungen durch Euro Beiträger zu Eurem Recht zu kommen!

Zureich in öffentlichen Betrieben führen notwendigerweise zu allgemeinen Solidaritäten und es ist die breite Masse der Bevölkerung, welche am meisten darunter zu leiden hat.

Gewiß ist es uns durchaus verständlich, wenn unsere Kollegen nicht länger in Unruhe sind und in wirtschaftlicher Mühsal leben wollen. Sie sagen sich folgerichtig: was nützt uns die Revolution, wenn wir nicht fett zu essen haben und unfrei wie früher sind! Aber sie sind freier wie früher und die Löhne sind andauernd verbessert, die Arbeitszeit ist

erheblich verkürzt worden, demk des machtvollen Eingreifens unserer gewerkschaftlichen Organisation, die jetzt zum Teil die Früchte früherer mühevoller Vorarbeiten erntet.

Wohl wissen wir, daß das schreiende Mißverhältnis von Arbeitslohn und Familienbedarf noch immer besteht, weil ungenügend Nahrungsmittel vorhanden sind, Kleider und andere Artikel eine groteske Preissteigerung aufweisen. Aber es muß den Kollegen auch gesagt werden, daß es auf die Dauer ganz unmöglich ist, den Warenpreissteigerungen nachzufolgen. Es verbleibt nichts als eine dauernde Herabminderung des Geldwertes, solange unsere große Produktion in Friedenswaren nicht wieder einsetzt und wir wieder Ein- und Ausfuhr haben.

Ohne den Willen der Entente, uns die Rohstoffe und Nahrungsmittel zu gewähren, nügen uns unsere Lohnbewegungen nicht mehr lange!

Es ist tatsächlich Katastrophenpolitik, die wir treiben!

Singu kommt die Tatsache, daß Zehntausende in Bergbau, Landwirtschaft usw. Arbeit fänden, wenn sie sich zur Abwanderung aus den Großstädten entschließen könnten. Berlin zählt zurzeit 230 000 Arbeitslose und in der Mark Brandenburg sucht man andauernd Tausende von Arbeitern. Jeder muß sich das Demobilisationsamt dazu verstehen müssen, dahin zu wirken, daß bei wiederholter Arbeitsverweigerung die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung angeordnet werden kann. Wir sagen „leider“, denn es wäre wohl wünschenswerter und dem Ansehen der deutschen Arbeiterchaft würdiger in dieser schweren Zeit, wenn es ohne Zwangsmaßnahmen ginge!

Die freien Gewerkschaften haben freilich von jeher darauf gehalten, bei ihren Unterstützungseinrichtungen eine Art Selbstkontrolle einzurichten, so daß ein Mißbrauch so gut wie ausgeschlossen ist. Das haben Staat und Gemeinde leider von Anbeginn unterlassen, und so trifft die verantwortlichen Behörden eine gewisse Mitschuld!

Aber das entlastet niemals diejenigen, die in der Revolution nichts weiter sehen, als sich auf Kosten der Allgemeinheit von der Arbeit zurückhalten oder auch, wie der Unabhängige Barth sagte: „aus der Revolution eine Lohnbewegung machen.“

Wären es nur Einzelscheinungen, so möchte es angehen, da es aber symptomatische Vorgänge sind, wird dadurch der volkswirtschaftliche Zusammenbruch in erheblichem Maße gefördert und wahrscheinlich gemacht.

Nun haben Regierung und Presse begonnen, einen „Aufklärungsfeldzug“ über all diese Dinge einzuleiten. Wir müssen schon sagen, daß man damit entschieden zu spät kommt! Jetzt muß gehandelt werden.

„Sehe jeder, wo er bleibe!“ Das war das Motto des Kriegsgewinners und der Bourgeoisie während der Kriegszeit. Jetzt ist es das stille Motto beinahe jedes einzelnen geworden und wir Sozialisten und Gewerkschaftler erleben schauernd, daß diejenigen, die sich früher nicht zu organisieren getrauten, heute die größten Streikbeiwörter sind, selbst wenn der Verhandlungsweg möglich war.

Dieser Zustand ist wie ein Fieber, das den Volkskörper ergriffen hat, und wir fragen uns als Mitverantwortliche: Wie kann der Genesungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft herbeigeführt werden?

Da verbleibt nur die eine Antwort: Wir alle müssen mithelfen!

Jeder Gewerkschaftler und Sozialist muß mit allen Kräften daran arbeiten, daß wir wieder eine Gesundung herbeiführen.

Darüber hinaus liegt freilich die letzte Entscheidung über all unsere wirtschaftliche Misere bei unseren Entente-Gegnern!

Werden sie uns endlich den seit Monaten grausam vorenthaltenen Frieden bewilligen auf erträglicher Basis?

Werden sie uns endlich Nahrungsmittel und Rohstoffe gewähren?

Wir deutschen Sozialisten und Gewerkschaftler appellieren noch einmal an das Weltgewissen, an das Gewissen der jetzt in Bern tagenden Internationale:

Wendet alles daran, um vom deutschen Volk das drohende Unheil abzuwenden! Der internationale Sozialismus und die internationale Arbeiterbewegung sind ja gleichzeitig in Gefahr!

Wir aber wollen und dürfen nicht erlahmen, am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mitzuarbeiten!

## Die Gesellschaft für soziale Reform

Hielt am 30. Januar in Berlin ihre Generalversammlung ab, auf der sie u. a. Stellung nahm zu den Fragen der Tarifverträge. Rechtsanwalt Dr. Heinemann-Berlin sprach über Tarifvertragswesen. Er besprach die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn sich die Grundsätze, die für Ausführung und Allgemeingeltung aufgestellt sind, durchsetzen sollen, zumal der kollektive Arbeitsvertrag oft von beiden Seiten heftige Anfechtungen erfährt. Auch das Fehlen einer einheitlichen Arbeiterbewegung ist dem kollektiven Arbeitsvertrag nicht gerade förderlich. Es macht sich hierdurch ein gewisser Gewerkschaftspartikularismus geltend, da jede Berufsorganisation es am liebsten sähe, wenn sie ihren Sondertarif hätte. Unbeachtet der kommenden gesetzlichen Regelung des Tarifvertragswesens kann heute noch praktisch der Vorschlag Professor Lujo Brentanos vom Jahre 1906 in Mannheim gelten: Fern davon, die Rechte des Arbeitnehmers auf Anschluß an seinen Berufsverband zu beeinträchtigen, bilden alle Arbeiter eines Gewerks eine lose Vereinigung, die den ausschließlichen Zweck verfolgt, alljährlich eine Arbeitervertretung des betreffenden Berufes zu wählen. Die Vertreter der Unternehmer üben das gleiche Verfahren. Durch gemeinsame Beratungen beider Körperschaften werden hierauf die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgelegt. Das Einigungsamt, das im Fall eines Konflikts eingreift, ist berechtigt, eiltliche Vernehmung von Sachverständigen und Zeugen usw. vorzunehmen. Sein Urteil hat bindende Kraft.

Dann sprach der christliche Gewerkschaftssekretär Weder über „Die gesetzliche Regelung der Tariffrage“. Er führte im wesentlichen aus: „Trotz einer teilweise über zwei Jahrzehnte langen Erprobung der Tarifverträge stehen wir auch

heute noch nicht vor einem abgeklärten Urteil über ihren zweckmäßigsten Aufbau, ihre notwendige Ausgestaltung und über ihre rechtliche Wirkung. Nur über ihre günstige soziale und wirtschaftliche Wirkung herrscht Einstimmigkeit. Im Vordergrund der Erörterung steht, ob entsprechend der bisherigen Entwicklung die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände die Träger der Tarifverträge bleiben sollen oder einem Vorschlag des Professor Dr. Brentano folgend, auf einer aus allgemeinen Wahlen des betr. Berufes hervorgegangenen Vertretungskörpers aufgebaut werden sollen, wie es beim Bundesdruckertarif der Fall ist.

Die Verordnung der Reichsleitung vom 23. Dezember über die Tarifverträge hebt die Tarifverträge aus der bisherigen rechtlichen Unsicherheit heraus und stellt sie auf eine feste Grundlage. Sie erkennt prinzipiell die freien wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber als Träger der Tarifverträge an. Drei Kardinalpunkte haben in der Verordnung Berücksichtigung gefunden: Die Unbedingbarkeit der Bestimmungen des Tarifvertrages beim Abschluß von Arbeitsverträgen und die allgemeine Verbindlichkeitsklärung abgeschlossener Verträge. Das Außenverbotum wird damit beseitigt. Die Unbedingbarkeit ist in einem Sinne geregelt, der einem sozialfor-geschrittenen Standpunkt entspricht. Die Tarifbestimmungen erst mit der Verordnung nur als Mindestbedingungen an, soweit die Parteien nicht selbst Ausnahmen zugelassen haben. Im übrigen bleibt es den einzelnen Arbeitgebern und Arbeitern überlassen, günstigere Arbeitsverträge abzuschließen. Besondere Bestimmungen und besondere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse können auf diesem Wege Berücksichtigung finden. Die allgemeine Verbindlichkeitsklärung abgeschlossener Tarifverträge nach erfolgter Prüfung durch das Reichsarbeitsamt schafft die Grundlage für

ein allgemeines Arbeitsrecht. Die Quelle zahlreicher Arbeitskämpfe und der Schmutzkonkurrenz auf Kosten der Löhne wird damit verstopft.

Wenn die Verordnung auch noch kein abgeschlossenes Tarifrecht bringt, sich vielmehr absichtlich nur auf wenige Paragraphen beschränkt, um der freien und gesunden Erweiterung keine Fesseln aufzuerlegen, können die Gewerkschaften sich mit ihr einverstanden erklären. Sie erhoffen von ihr, daß die tarifliche Regelung der Arbeitsverhältnisse einen neuen Aufschwung nehmen, um unser Wirtschaftsleben jene Stabilität zu verleihen, die es zu einer gesunden Entwicklung dringend bedarf.

Im Verlauf seiner Rede wandte sich Weder sehr kritisch gegen die A. und S. Mäte, die sich immer mehr in die gewerkschaftlichen Interessensphären begaben.

Anschluß von der Generalkommission zeigte unter anderem, daß viele Arbeitergruppen früher immer sehr laßig waren und nichts für ihre Rechte taten, sogar die Gewerkschaften in ihrer Arbeit hinderten, während sie heute Forderungen stellen und auch durchsetzen, die man nicht billigen kann.

Arbeitergeher-Syndikus Dr. Baum forderte die Beseitigung des § 152 der Gewerbeordnung, während Ziegertwald (Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften), einen Ausblick in das künftige Wirtschaftsleben gab. Man könne gesetzgeberisch nicht alle Arbeitergruppen gleichmäßig behandeln.

Zum Schluß wies noch Drunzel vom Köpferverband auf die Auswüchse in den letzten Streikbewegungen hin.

### Wiedereinführung der Sklaverei in Frankreich?

Das „Korrespondenzblatt“ dieser Woche bringt folgenden Bericht:

In Frankreich schmachten noch etwa 800 000 gefangene Deutsche, die trotz des Waffenstillstandsvertrags nicht freigelassen werden, während die in Deutschland gefangen gehaltenen Angehörigen der Weststaaten bereits am 13. Januar vollständig abtransportiert waren. Bei dem Abschluß des Waffenstillstandsvertrags weigerten sich insbesondere die Franzosen, die Gegenseitigkeit anzuerkennen, so daß in der Tat eine ganz einseitige Benachteiligung der deutschen Kriegsgefangenen anerkannt worden ist. Die Franzosen teilten damals nicht mit, was sie mit den deutschen Kriegsgefangenen im Sinne hatten. Aber bereits damals lag uns eine Meldung aus dem neutralen Ausland vor, wonach die französische Regierung sich mit dem Plan trug, deutsche Kriegsgefangene zu Sklavenarbeiten in Nordfrankreich zu verwenden. Wir hielten damals diese Meldung für so unabweislich, daß wir an die Möglichkeit ihrer Durchführung nicht glaubten und sie deshalb der Öffentlichkeit noch nicht unterbreiteten. Jetzt geben aber neue Meldungen ein, und zwar diesmal in so bestimmter Form, daß jeder Zweifel ausgeschlossen ist.

Der französische Ministerrat hat Anfang Januar tatsächlich beschlossen, die deutschen Kriegsgefangenen zu Wiederherstellungsarbeiten in den verwüsteten Departements zu verwenden. Der Abtransport hat bereits begonnen; am 20. März sollen in den nordfranzösischen Kriegsgebieten mindestens 200 000 Kriegsgefangene zusammengezogen sein, um bei den Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten Beschäftigung zu finden. Die uns vorliegende weitestgehende Meldung über eine beabsichtigte Verwendung der Kriegsgefangenen auf eine Zeit von zwei Jahren wird von französischer Seite einstweilen noch bestritten, aber man weist in Frankreich doch bereits darauf hin, daß auch diese Angelegenheit bei den Friedensverhandlungen zur Sprache kommen könnte. Darin liegt schon eine indirekte Anerkennung, daß die Möglichkeit dieser verbrecherischen Politik, die 200 000 und mehr deutsche Kriegsgefangene auf Jahre in französische Sklaverei preßt, ohne daß die zivilisierte Welt sich gegen die Vergewaltigung des Rechts und der Sittlichkeit empört zur Wehr setzt.

Französische Militäristen erklären kühnen Mutes, diese Deutschen seien in den zerstörten Gebieten zusammengezogen, um all das wieder aufzubauen, was die Deutschen dort „demoliert“ hätten. Ueber die Frage der Wiederherstellung Nordfrankreichs und auch einzelner Teile Belgiens, die durch den Krieg gelitten haben, wird ja beim Friedensvertrag zu sprechen sein. Eine solche Pflicht ist bereits in dem Wilsonischen Programm enthalten oder ausgesprochen, das von allen Kriegführenden akzeptiert ist. Aber es steht bis jetzt nirgends geschrieben, daß Deutschland allein die Demolierungen in dem Kriegsgebiete begangen hat, es ist vielmehr eine unbestreitbare Tatsache, daß die dort kämpfenden Armeen aller Kriegführenden an der militärischen Zerstörung des Landes beteiligt waren. Franzosen und Engländer haben französische Städte dem Erdboden gleichgemacht, ebenso wie bei deutschen Angriffen die deutsche Artillerie ähnliche Verwüstungen angerichtet hat. Es ist also eine Ungerechtigkeit sondersgleichen, nur den Deutschen die Verantwortung und die Pflicht zur Wiederherstellung aufzubürden. Und es ist geradezu unmenschlich, man unsere in Frankreich gefangen gehaltenen Landsleute ohne eine Spur von Recht zu beurteilen, als Büßer für die Kriegsgreuel aller Nationen dort früher oder später ihre Tage in Sklaverei zu beschließen.

Wir bestreiten entschieden, daß den Franzosen auch nur ein Funken sittlichen Rechts zusteht, unsere Kriegsgefangenen in dieser Weise zu behandeln. Die Gefangenhaltung von Soldaten des anderen kriegführenden Teils erfolgt während des Krieges, um zu verhüten, daß der Feind, mit dem man auf Tod und Leben kämpft, militärischen Zuwachs erhält, also eine Stärkung seiner Kräfte erfährt. Ausschließlich von diesem Standpunkte ist auch in dem großen Weltkriege die Kriegsgefangenenfrage beurteilt, was dadurch bewiesen ist, daß wiederholt Austauschverträge zwischen der deutschen und englischen sowohl als auch der französischen Regierung ab-

### Franz Mehring †

In der Nacht vom 28. zum 29. Januar hat der glänzendste deutsche Schriftsteller und Stilist, der in den letzten 30 Jahren seine Feder nur ausschließlich der Arbeiterschaft widmete, 73 Jahre alt, sein Leben beschlossen.

Vom bürgerlichen Radikalismus hat Mehring seinen Weg zur Sozialdemokratie genommen. Als dreißigjähriger junger Doktor der Geschichte verdingte er sich in der „Zukunft“ des alten Berliner Demokraten Guido Weiß die journalistischen Sporen und wurde ihr Mitredakteur. Vier Jahre später, 1873, leben wir ihn an der „Wage“ in der gleichen Richtung arbeiten. Zeitweilig war er Parlamentsjournalist und Berliner Vertreter der „Frankfurter Zeitung“ in der Zeit Leopold Sonnemanns. Eine seiner Glanzzeiten hatte er in den achtziger Jahren an der „Berliner Volkszeitung“, in der er rücksichtslos die durch das Ausnahmegesetz verfolgte Sozialdemokratie verteidigte und Bismarcks Götzengröße verkleinerte. Unzählige waren schon damals die Bewunderer des klüglichen deutschen Stils. Den Mehring schrieb. So scharf wie er führte seiner die politische Polemik, so treffend fand keiner die bildhaften Vergleiche und die geschichtlichen Parallelen. Radikaler Demokrat und Bekämpfer der politischen Unterdrückung ist Mehring — abgesehen von dem kurzen Rückfall in der „Gartenlaube“-Zeit, in den ihn die damalige terroristische Periode Hödels und Nobilings gedrängt hatte — sein Leben hindurch gewesen. Für die wirtschaftliche Seite des Sozialismus hat er, sowohl einer der gründlichsten Kenner ihrer Anwendung auf die Geschichtsforschung, das gleiche tiefe Verständnis nicht gehabt. Auch fehlte ihm die Gabe der Rede, und in seiner ständigen Kampfbereitschaft gegen jedes Unrecht, wirkliches oder vermeintliches, blieb er

mehr einem edlen Ritter als einem disziplinierten Soldaten in einem großen demokratischen Heere. Mehring konnte ehrlich lieben und Treue halten, aber auch gründlich hassen. Und da ihm seine glänzenden Fähigkeiten die schärfsten Waffen gegen seine Feinde mühelos in die Hand gaben, machten die Fernstehenden sich wohl von ihm oft das Bild eines zornigen Kampfbahns.

Mit dieser Natur war Mehring für eine kämpfende Partei, die wie ein Heer auf Disziplin, beruht, oft äußerst unbequem. Er hat auch politisch nie eine führende Rolle zu spielen vermocht. Dafür fehlte ihm Gleichmäßigkeit, Stetigkeit und wirkliches Verständnis für die Alltätigkeit des Proletariats. Wohl aber hat Mehring wissenschaftlich für die Sozialdemokratie Unvergänglichendes geleistet. Seine glänzenden Brotschüren gegen Treitschke und Eugen Richter haben diese Sozialistenliteratur unsterblich lächerlich gemacht. Seine Leasinglegende, seine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, seine Bearbeitung des Marx'schen Nachlasses, seine Studien über Lassalle und Schweitzer und seine große Marxbiographie werden gelesen werden, solange deutsche Proletarier nach Bildung dürsten und deutsche Intellektuelle sich nach dem Einssein mit dem Volke sehnen und sich an Geistesstärke und Sprachschönheit berauschen. Seine wissenschaftlichen Arbeiten gehören der deutschen Arbeiterklasse, die einmütig um seinen Verlust trauert.

Den Gewerkschaften gegenüber nahm Mehring mehr einen neutralen als kritischen oder unfreundlichen Standpunkt ein. Streitigkeiten wie sie Kautsky, Pannekoek u. a. gegen die Gewerkschaften entfachten, lagen ihm fern. In seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ hat er auch die Bedeutung der Gewerkschaften hervorgehoben, ihnen u. a. im 4. Band ein besonderes Kapitel: „Das Jahrzehnt der Gewerkschaften“ (Nach dem Fall des Sozialistengesetzes)

geschlossen wurden, nach denen invalide oder überhaupt kriegsuntaugliche Kriegsgefangene und Zivilinternierte Kopf um Kopf ausgelöst wurden. Die einfache Gerechtigkeit hätte geboten, daß der Waffenstillstandsvertrag einen eben solchen Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen geregelt hätte, und wenn schon die Gegner glaubten, die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen erst dann erfolgen lassen zu können, wenn ihnen die Sicherheit geboten erschien, daß Deutschland die Feindseligkeiten nicht wieder eröffnen könnte, so ist diese Sicherheit ihnen jetzt seit mindestens zwei Monaten schon geboten.

Aber darum kümmert sich die französische Reaktion nicht. Sie betritt damit freilich nur Bahnen, die in Frankreich seit altersher begangen worden sind. Zwar erklärte in der großen französischen Revolution der Konvent von 1794 die Sklaverei für abgeschafft. Das hinderte aber den siegreichen Napoleon nicht, sie 1802 wieder durch einfache Verordnung einzuführen, und als im Jahre 1814 nach seiner Niederlage England von den Franzosen die Abschaffung der Sklaverei verlangte, vertrat der französische Gesandte Caulaincourt folgenden Standpunkt:

„In dem Artikel, der England am meisten angeht, befindet sich eine Klausel, die uns zwingt, den Sklavenhandel abzuschaffen; eine solche Klausel paßt sehr gut in den Vertrag mit Dänemark, aber nicht mit uns. Wenn Sie wollen, daß wir den Sklavenhandel abschaffen, so können wir uns durch Entgegenkommen mittlerweile verständigen; aber eine Zwangsklausel, wie die von England beabsichtigte, kann nie von einer großen Nation, die Injulten doch nicht straflos hinzunehmen gezwungen ist, geduldet werden!“

Im Jahre 1918/19 lehnt das Frankreich des Herrn Clemenceau zu den alten Gewohnheiten von dazumal zurück. Zu diesem selben Zeitpunkt sind gerade 100 Jahre verfloßen, seitdem Nordamerika die Sklaveneinfuhr bei Todesstrafe verbot. Es ist geradezu erschütternd, miterleben zu müssen, daß Völker, die sich bislang als Träger der Zivilisation in Europa betrachteten und bezeichneten, gegenüber dieser Schändlichkeit der französischen Regierung kein Wort verlieren. Wir meinen darunter selbstverständlich auch das französische Volk selbst, das zwar im Siegestaumel alles zu vergessen scheint, wofür auch bei ihm einst große Herzen schlugen und große Geister kämpften. Und wir meinen auch vor allem die französische Arbeiterklasse, von der man kein Wort des Protestes vernommen hat gegen die infame Verschleppung unserer deutschen Bandenleute in nordfranzösische Sklaverei. Für die organisierten Arbeiter Frankreichs kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Zurückbehaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs nichts anderes darstellt, als die Wiedereinführung der Sklaveneinfuhr. Sie unterscheidet sich in nichts von der alten Methode, die im Kriege gemachten Gefangenen als Arbeitsklaven unter das sonstige Eigentum des siegreichen Hauptlings und seiner edlen Weiden einzurangieren. Und selbst wenn

gewidmet. Wir geben daraus einiges wieder, das auch jetzt noch für unsere Mitglieder beachtenswert ist:

Der Trieb zur gewerkschaftlichen Organisation wurzelt tief zu tief in der Arbeiterklasse, als daß er nicht immer und immer neue Wurzeln zu schlagen versucht hätte. Allein gerade die Leichtigkeit, womit diese Versuche von reaktionären Behörden mit Hilfe einer rückwärtigen Gesetzgebung ausgerollt wurden, wies die Arbeiter unvorsätzlich auf den politischen Kampf hin. Dann kamen die Tage des Sozialistengesetzes, das keineswegs erlassen wurde, weil die herrschenden Klassen fürchteten, daß die Sozialdemokratie ihnen unversehens das Haus über dem Kopf anzünden könne, sondern weil sie den Arbeitern das bescheidene Maß von Rechten entreißen wollten, das sie sich allmählich auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft errungen hatten. Auch unter dem Druck des Sozialistengesetzes brach die gewerkschaftliche Bewegung stets von neuem trotz der politischen Drangsalierungen hervor, wobei es sich denn freilich durch den Zwang der Umstände fügte, daß sie manche Aufgaben übernehmen mußte, die ihrem historischen Wesen fremd waren.

Dies wütete auf ihre Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Falle des Sozialistengesetzes ungünstig zurück. Namentlich der Streit um die Organisationsform, der eben auch eine Folge des Ausnahmegesetzes war, verfrachtete mehr Kraft und Zeit als notwendig oder auch nur erträglich gewesen wäre, und stieß mehr oder weniger die Arbeiterklasse ab, die für die gewerkschaftlichen Organisationen gewonnen werden sollten. Dazu kam die wirtschaftliche Depressions und ein starker Widerstand der Unternehmer, der sich am stärksten äußerte, wo der Staat trotz seines „sozialen Königtums“ der Unternehmer war. Der Parteitag in Halle hatte 1890 die lebhafteste Sympathie für die gewerkschaftliche Bewegung kundgegeben, allein drei Jahre

man aus der Terminologie der Juristerei „nachweisen“ würde, daß Unterschiede beständen, so mühte für die organisierte Arbeiterklasse Frankreich eine solche Beweisführung nichts gelten gegenüber der Tatsache, daß hier Arbeiter gegen ihren freien Willen gezwungen werden, fern von ihrem Heimatlande zu bleiben, um Arbeiten zu verrichten, deren Erde sie nicht übersehen und auf deren Entlohnung und Arbeitsverhältnisse sie keinerlei Einfluß haben.

Wenn die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs wiederhergestellt werden sollen unter Anteilnahme der deutschen Arbeitskraft und deutschen Kapitals, so ist das eine Sache, die mit der deutschen Regierung zu vereinbaren ist. Diese Regierung setzt sich heute aus Vertretern der organisierten Arbeiterklasse zusammen, aus Sozialisten, die sich ganz gewiß nicht weigern werden, etwas anzuerkennen, was dem allgemeinen menschlichen Bewußtsein als recht und billig erscheinen könnte. Diese sozialistische Regierung Deutschlands hat wiederholt es als ihren dringlichsten Wunsch ausgesprochen, einen gerechten Frieden so schnell als möglich herbeizuführen. Es ist nicht ihre Schuld, daß auch das Reichsamt für 1918 nicht im Frieden gefeiert werden konnte. Und es ist ebensoviele ihre Schuld, daß wir heute noch nicht zum Frieden gekommen sind. Vielmehr haben es die alliierten Regierungen darauf angelegt, diesen „Frieden“ des Waffenstillstandsvertrags dazu zu verwenden, durch jeweilige einmoralige Verlängerungen neue und immer schändlichere Bedingungen von dem Deutschland der sozialistischen Arbeiter zu erpressen. Was jetzt aber geschieht, ist das schändlichste alles bisherigen; denn während Frankreich seine eigenen Vardesfinder aus deutscher Gefangenschaft längst wieder bei sich zu Hause sieht, werden unsere nicht nur dort behalten, sondern verflaut.

Tagegen erheben wir Protest. Was dort geschieht, ist eine Verleugnung der Sittengesetze der Zivilisation, eine Verleugnung der Menschlichkeit. Tagegen zu protestieren ist eine Pflicht eines jeden, der nicht widerstandslos die Rückkehr zu den Gebräuchen der Barbarei längt entschwendener Zeiten vor seinen Augen geschehen lassen will.

### ♦ Aus Politik und Volkswirtschaft ♦

#### Genossenschaftswesen.

Die Velleferung der Konsumvereine mit Waren und die Verankerung ihrer Großverkaufsgesellschaft in die beherrschende Warenverteilung ist während des Krieges fortgesetzt Gegenstand von Beschwerden und Eingaben der leitenden Körperschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gewesen. In den Reichs- und Landesbehörden hundert vielfach das Bestreben, eine den Verbrauchern unangenehme Mittelstandsreform zu treiben, die gerade die Verhandlung der Verkaufsergebnisse, namentlich über Schlagen alle Verträge fest. Die organisatorische Ungelegenlichkeit zu befechtigen, die in der fast völligen Umschaltung der erworbenen und leitungsübigen Großverkaufszentrale der Konsumvereine lag.

später machten sich auf dem Parteitage in Köln zwar nicht Zweifel an ihrer Berechtigung, wohl aber an ihrer Leistungsfähigkeit geltend. Diese Zweifel entsprangen der Befürchtung, daß gegenüber der ricklenhaft anschwellenden Konzentration des Kapitals die Gewerkschaften doch zu ewiger Ohnmacht verurteilt sein würden, oder auch der Sorge, daß sie durch die staatliche Arbeiterverleugnung zu wichtiger Funktionen beraubt seien, um noch lebensfähig zu sein. Jedoch setzte alsbald ein neuer Aufschwung der Gewerkschaften ein, der sie schlagend als ein notwendiges Glied der modernen Arbeiterbewegung erwies und ihnen endgültig ihren ebenbürtigen Platz neben der politischen Partei wahrte. Es war ein historisches Urteil von bleibendem Wert, als Vorwort in einer glänzenden Untersuchung dieses gewerkschaftlichen Aufschwungs schrieb: „Die größte Leistung der deutschen Arbeiter seit dem Falle des Sozialistengesetzes ist die Entwicklung der Gewerkschaften. In der politischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts gibt es nichts, was damit an Bedeutung für den proletarischen Klassenkampf auch nur entfernt verglichen werden könnte.“

Der Haupthebel der gewaltigen gewerkschaftlichen Fortschritte war die Wille der Industrie, die gegen die Wille der neunziger Jahre anhub und bis zu ihrem Ende dauerte. Trug sie nicht wenig dazu bei, der imperialistischen Politik der herrschenden Klassen vorläufig das Dasein zu fristen, so wurde sie von der arbeitenden Klasse mit aller Einsicht ausgehöhlt, den dauernden Austausch ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu beordnen, so daß ihn auch die seit dem Beginn des neunzigjährigen von neuem einschneidende wirtschaftliche Krise nicht wieder lahm zu legen vermochte. . .

Dabei bewahrt die späte Entwicklung der deutschen Gewerkschaften nun auch die gute Seite, daß sie die Irrwege versperrt hat, denen

Farin ist nun nach langen Verhandlungen mit dem Reichsberühmte Wandel geschaffen. Es sind zunächst bezüglich der Verbindung der Konsumvereine durch die Kommunalverbände Richtlinien erteilt, in denen verfügt wird, daß 1. sämtliche Konsumvereine mit 200 000 Mk. Jahresumsatz bezüglich Belieferung und Preis als Großhändler zu behandeln sind, und daß 2. auf Verlangen den Konsumvereinen alle von ihnen vor und während des Krieges geführten und neu zur Verteilung gelangenden Gattungen von Verteilungswaren zu überweisen sind, und zwar richtet sich die Höhe der Zuteilung höchstens ab 15. März 1919 einheitlich für alle leistungsfähigsten Waren nach der Zahl der Mitglieder nebst ihren Angehörigen, für die der betreffende Verein spätestens erstmalig bis 15. März 1919 nachweist, daß sie bereit sind, die einzelnen Waren vom Verein zu entnehmen. Damit ist den Konsumvereinsmitgliedern wieder die Möglichkeit gegeben, ihre Waren aus dem eigenen Geschäft zu beziehen, was vorher vielfach nicht möglich war. Es gibt damit auch keine Ausrede mehr, daß irgendwelche Waren im Verein nicht zu erhalten seien; jetzt liegt es lediglich an den Mitgliedern, ob sie genossenschaftliche Treue üben, ob sie ihren Bedarf bei sich selbst beden wollen oder nicht. Auch Mitglieder, die nicht in dem betreffenden Kommunalverbande wohnen, müssen beliefert werden. — Bezüglich der Großverkaufsgesellschaften ist angeordnet, daß die Bezirkszentralen die Großverkaufsgesellschaften bzw. deren für den Bezirk zu benennende Vertreter als Gesellschaftler hinzuziehen müssen und daß das Bezugsscheinssystem nach dem Vorbild des Muster eingeführt wird. Das bedeutet, daß die Konsumvereine ihre Bezugsscheine der Großverkaufsgesellschaft bzw. deren Vertretung einreichen, die sie wieder der betreffenden Bezirkszentrale zuführen. Diese beliefert nach Maßgabe der Bezugsscheine die Großverkaufsgesellschaft, die die Waren dann den Vereinen zuteilt. Durchgeführt werden soll dieses bei Zucker und Kaffee-Erbsenmitteln bereits bewährte Verfahren zunächst bei Nahrungsmitteln (Getreide, Mehl, Getreide, Getreidemehl, Feinwaren u. dgl.), Wollaufstichtmitteln (insbesondere Marmelade), Kunstharz, Sauerstoff. Bei Mehl, Futtermittel und Margarine gilt, weil die Einschaltung nur innerhalb des Kommunalverbandes möglich ist, daß die Großverkaufsgesellschaft seinefalls schlechter gestellt werden darf als der übrige Großhandel. — Damit ist in der Hauptsache die Zurückführung der Konsumvereine in Tätigkeit und der normale und gerechte Zustand wieder herbeigeführt. Sache der Verbraucher ist es nunmehr, ihre Rechte gebührend auszunutzen.

◆ Rus unserer Bewegung ◆

Berlin. Am 29. Januar tagte die außerordentlich gut besuchte Genererversammlung im Arbeitervereinshaus. Nach an Kopf gedrängt in höchster Enge war doch nicht Raum genug für alle Bergsteiger, so daß leider Hunderte wieder umkehren mußten. Die Frage des Tages — der Tarifabschluß — wurde durch Geschäftsordnungsgesetz an erster Stelle behandelt. Der Bevölkerungswichtige Kollege Müntner referierte eingehend über die seit langem getroffenen Vorarbeiten zum Abschluß eines Tarifvertrages und den vorliegenden Entwurf eines solchen. Edson im Jahre 1917 wurden in Anlehnung an den im Jahre 1912 ausge-

arbeiteten Entwurf eines Tarifvertrages erneut die Vorarbeiten für den jetzigen in Angriff genommen. Am 8. Dezember 1917 wurde nach einem Referat des Kollegen Müntner der Ortsverwaltung durch die Vertrauensleute der Auftrag erteilt, eine tarifliche Regelung des Arbeitsverhältnisses in die Wege zu leiten. Hierfür sollten folgende Gesichtspunkte in Frage kommen: Aufrechterhaltung und Verbesserung des Lohnniveaus, Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, Gründliche Verbesserung der sozialen Einrichtungen, wie Krankengeldzuschuß, Urlaub und Ruhegeld, Freizeitscheine, Ausgestaltung des Arbeitsrechts durch ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiterausschüsse in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen. Die aufgestellten Forderungen sind, wie Kollege Müntner an der Hand des zur Verlesung kommenden Entwurfes nachwies, die Kernpunkte desselben. Für alle Gemeinden Groß-Berlins und auch für die in Betracht kommenden Staatsbetriebe soll allüberall gleiches Recht walten. Das festzulegen und zu veranlassen, dazu soll der Tarifvertrag dienen. Es festzusetzen und durchzuführen, dazu muß auch der letzte noch unorganisierte Kollege der Organisation angeführt werden. Eine Reihe von Anträgen seitens der Kollegenchaft zeugten von dem regen Interesse der Kollegenchaft für die Materie. Wohl machten sich auch Gedanken laut, ob die Interessen der Kollegenchaft mit dem Abschluß des Tarifvertrages nach allen Richtungen gewahrt werden könnten. Die Generalversammlung beschloß aber fast einstimmig (gegen nur 8 Stimmen), auf den möglichst baldigen Tarifvertragsabschluß zu bestehen. — Die von der Orts- und erweiterten Verwaltung vorgeschlagene Reorganisation der inneren Verwaltung wurde eingehend diskutiert. Gegen wenige Stimmen wurde der Vorschlag zugestimmt. Besonders wichtig ist die Regelung, daß in Zukunft die Generalversammlung durch Delegierte gebildet wird. Es ist auf je 50 Mitglieder ein Delegierter zu wählen. Neben den Delegierten haben die Orts- und die erweiterte Verwaltung Sitz und Stimme in der Generalversammlung. — Vor Erledigung der Neuwahl der Funktionäre brachte der Kollege Müntner im Auftrage der anwesenden Kollegen folgende Erklärung zur Verlesung: „Die Angestellten der Ortsverwaltung haben während des Krieges und namentlich seit dem Ausbruch der Revolution an Organisationsarbeit weit über das Penium dessen geleistet, das billigerweise überhaupt von ihnen verlangt werden konnte. Trotzdem haben in den letzten Versammlungen die Angestellten Angriffe persönlicher und sachlicher Art über sich ergehen lassen müssen, die das erträgliche oder übliche Maß weit überschreiten. Nebenfalls können Personen, die auch nur noch eine Spur von Charakter sich bewahrt haben, unter solchen Verhältnissen auf ihren Posten entsprechende Arbeit nicht mehr leisten. Nur wenn die Funktionäre und Vertrauensmänner der Organisation, die von der von den Angestellten zu leistenden Arbeit doch Kenntnis haben müssen, sich verpflichten, unter den Mitgliedern dahin zu wirken, daß auch die Arbeit der Angestellten objektiv gewürdigt und die persönliche Ehre der Angestellten nicht weiter in den Schmutz gezogen wird, werden sich die Angestellten dazu verstehen, ihre Posten weiter auszufüllen. Falls die Befugnisse nicht gegeben werden kann, werden die Angestellten nach Ablauf der Kündigungsfrist, die sofort erfolgen würde, ihre Ämter in die Hände der Mitgliedschaft zurückgeben.“ Allseitig erhoben die Diskussionsredner in Anerkennung der Berechtigung der vorge-

die Trade Unions verfallen sind. Gewiß haben die bürgerlichen Arbeiterfreunde sich sofort bemüht, Unkraut in diesen Weizen zu säen, und es lag bis zu einem gewissen Grade in der Natur der Dinge, daß sich ein wenig Kivalität ergab, als die ökonomische Organisation der Arbeiterklasse unter günstigen Konjunkturen sich gewaltig ausdehnte, während ihre politische Organisation in dem stagnierenden Sumpfe des Fickadurjes zu waten hatte. Dies dabei manchmal einige Ueberhöhung der Gewerkschaftsbewegung mit unter, so war das dieselbe Erscheinung, die früher im umgekehrten Sinne oft genug beobachtet werden konnte, wenn die politische Bewegung schneller vorwärts kam als die gewerkschaftliche. Die Verhältnisse, unter denen die moderne Arbeiterklasse zu kämpfen hat, werden nicht von ihr, sondern von der historischen Entwicklung gemacht, und es ist bei aller praktischen und prinzipiellen Klarheit sehr natürlich, daß der Mann, den sie unter den gegebenen Verhältnissen am kräftigsten rühren kann, auch als der am sich kräftigere erscheint. . . Der unschätzbare Wert der Gewerkschaften liegt darin, die Kraft der Arbeiterklasse zu stärken, so daß sie nicht auf Gnade und Ungnade der steigenden Macht des konzentrierten Kapitals ausgeliefert wird. Es war ungerade, wenn ein Führer der Gewerkschaftsbewegung auf dem Kölner Parteitag die erzieherische Wirkung des politischen Kampfes gleich Null einschätzte gegenüber der gleichen Wirkung des ökonomischen Kampfes, richtig ist jedoch, daß die gewerkschaftliche Bewegung in der modernen Arbeiterklasse eine Reihe von Fähigkeiten und Kräfte auslöst, die in ihrer Weise von ihrer politischen Bewegung nicht ausgelöst werden können, aber gleichwohl ausgelöst werden müssen, um den Sieg des Proletariats zu sichern. So sind beide Bewegungen darauf angewiesen, sich gegenseitig zu ergänzen, und ferner, als in jedem anderen großindustriellen Bande, ist

in Deutschland die Gefahr, daß die Gewerkschaften je den trügerischen Lockungen der sogenannten Arbeiterfreunde aus der Bourgeoisie entzogen werden können. Die imperialistische Politik sorgt mit jedem neuen Tage dafür, die gewerkschaftliche Bewegung auf den einzigen wirklichen Freund hinzuweisen, den sie auf deutscher Erde hat. Die Lehre des Zuchthausgesetzes ist und bleibt unvergessen; dieser Schlag war ebenso gegen die aufblühende Gewerkschaftsbewegung gezielt, wie seinerzeit der Schlag des Sozialistengesetzes gegen die aufblühende sozialdemokratische Bewegung. Im Augenblick der größten Prosperität, als die Industrie, die Finanz, die Hausbesitzer, die Großgrundbesitzer Reichtümer über Reichtümer häuften, ließ sich das Reich der berühmten Sozialreform vom Kapital gegen die Gewerkschaften heben, schwang es die Peitsche über die Arbeiter, um sie zu verhängen, auch nur den allerbescheidensten Teil, den wahren Bettleranteil vom allgemeinen Nebenfluß für sich zu erringen. Ohne die Sozialdemokratie wäre die Zuchthausvorlage aber zum Geschehen geworden; wie so oft schon früher, wäre auch diesmal die gewerkschaftliche Bewegung zertreten worden, wenn sie nicht einen mächtigen Schutzwall in der politischen Arbeiterbewegung besessen hätte. . . Die Gewerkschaften sind keine politischen Organisationen, sie stehen jedem Arbeiter ohne Unterschied der Parteirichtung offen. Sie fragen bei Streiks nicht nach dem Glaubensbekenntnis der Streikenden, aber wer ihnen einreden will, daß sie sich um die politische Arbeiterbewegung nicht zu kümmern hätten, der will sie über ihre wichtigsten Bedenkeninteressen täuschen und ist um so gefährlicher, wenn er, um sie täuschen zu können, vorher sich selbst zu täuschen gelernt hat.

brachten Klagen Protest gegen das Gebaren einzelner sich nur als Herrenmenschen fühlender Mitglieder. In den schärfsten Ausdrücken wurde die Anschauung solcher Mitglieder, die da meinen, die sonst so verdornten Arbeitgeberältern in Reinkultur gütchen zu sollen, verurteilt. Die Erklärung wurde einstimmig als berechtigt anerkannt. Auf Antrag des Kollegen Müller wurden die Wahlen per Akklamation vorgenommen. Für die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Müntner (Bevollmächtigter), Wolenske (Stellvertreter), Hoffmann (Kassierer), Schulz (Schriftführer); als Beisitzer die Kollegen Elix, Krüger, Graeff, Breithoff, Lub, Kammermeder, Jannad, Eiffert, Rogge, Werl und Drews. Als Revisoren die Kollegen Krumm, Rodow, Krehle, Kettner und Krüfert. In die Bibliothekskommission die Kolleginnen Urbach, Gärtner, Kamoth, die Kollegen Otto, Manthey und Laue. Als Agitationsleiter wurden die Kollegin Friedrich, die Kollegen Kamrowski, Scharlau und Kabel, als Massenbote der Kollege Schabel bestätigt. — Dem Kollegen Hoffmann wurde nach erstattetem Massenbericht einstimmig Decharge erteilt. Dem Massenbericht des Kollegen Hoffmann ist wichtig zu entnehmen die Steigerung der Mitgliederzahl von 6577 auf 18 015. In dem Geschäftsbericht gab Kollege Müntner die Vereinbarung mit dem Vertreter des Berliner Magistrats bekannt. Danach soll in allen Betrieben, die seit dem 1. Januar 1919 keine Lohnsteigerung vorangetragen haben, von dem Tage an bis zum Abschluß des Tarifvertrages eine provisorische Regelung der Gehälter Platz greifen, daß der Stundenlohn um 20 Pf. erhöht wird. Die Versammlung beschloß, diese Regelung anzunehmen. Einstimmig beschlossen wurde ferner a) die neuzuschaffenden Stellen zweier Agitationsleiter, eines zweiten Kassierers und Massenboten auszufüllen, b) den Anstellten eine 15prozentige Lohnerhöhung zu bewilligen. Mit dem Wahntrauf, in Zukunft gemeinsam zu arbeiten, auch in dem angefallenen Kollegen stets den Kollegen und nicht nur den Angestellten zu erblicken, wurde die Versammlung geschlossen.

**Berlin.** (Aus einem städtischen „Musterbetriebe“.) Während der Magistrat in Anerkennung der hohen Preise für die gesamte Lebenshaltung als Existenzminimum für ledige beschäftigungslöse über 20 Jahre alte Frauen eine Arbeitslosenunterstützung von 5 M. pro Tag festgesetzt hat, zahlt das Frauenhaus der Stadt Berlin den dort beschäftigten Frauen einen Arbeitslohn von nur 4 M. pro Tag. Es sind das Frauen, die Haus- und Reinigungsarbeiten verrichten müssen und bis zum 1. Februar dieses Jahres in der Anstalt wohnen und beschäftigt wurden. Seit dieser Zeit erhalten sie weder Wohnung noch Kost in der Anstalt und müssen von den 4 M. pro Tag ihre gesamten Lebensbedürfnisse bestreiten. Ein Antrag des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, an dem sich die Frauen in ihrer Not wandten, um sofortige Erhöhung des Tageslohnes von 4 auf 6 M. ist bisher unbeantwortet geblieben! Die Frauen erklären nun, daß wenn der Magistrat sich nicht sehr bald zu einer Erhöhung der Löhne entschließt, dann noch lieber für 5 M. pro Tag die Annehmlichkeiten des Nichts genießen zu wollen und Arbeitslosigkeit, Stiefel und Fahrgeld zu sparen, als für 4 M. pro Tag die schwere Hausarbeit im Frauenhaus zu verrichten! Es mit einer solchen Lohnpolitik allerdings dem Magistrat und dem allgemeinen Interesse der Stadt Berlin gebient ist, das ist eine andere Frage.

**Germnis.** Die Generalversammlung am 26. Januar nahm zunächst den Jahres- und Kassenbericht entgegen. Die Einnahme ergab einen Kassenbestand von 3417,90 M. Die Ausgabe der Filiale betrug 1768,72 M. Auf Rechnung der Hauptfiliale wurden gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 806 M., an Krankenunterstützung 1276,75 M., an Arbeitslosenunterstützung 62,50 M. Der Filialkassenbestand belief sich am Schlusse des Quartals auf 1651,27 M. Mitglieder waren zu verzeichnen 950, darunter 62 weibliche und 22 Invaliden. Hieran schloß sich der Jahreskassenbericht, es ergab sich eine Gesamteinnahme von 15 184,40 M.; demgegenüber stand eine Ausgabe von 14 939,02 M.; bleibt ein Kassenbestand am Schlusse des Jahres von 1651,27 M. Die Neuwahlen zum Filialvorstand ergaben Friedrich Graupner, Vorsitzender; Kästig, Kassierer; Hartwig, Schriftführer. Kollege Graupner machte dann auf die bevorstehenden Wahlen zum Arbeiterausschuß aufmerksam. Außerdem müsse die Wahl einer Kommission zur Ausarbeitung der Tarifverträge erfolgen. Ein Antrag, eine Revision der Feuerungszulagen zu verlangen, wurde bis zu den Tarifverhandlungen zurückgestellt.

**Kalle a. S.** In der gutbesuchten Generalversammlung erläuterte Kollege Lippert die einzelnen Paragraphen des mit der Stadtverwaltung abzuschließenden Tarifvertrages. Die Diskussion bewegte sich im zustimmenden Sinne. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab Kollege Müller. Die Gesamteinnahme betrug 1226,90 M., die Ausgaben der Filiale 407,29 M., dem Hauptvorstand überwiegen 764,90 M., bleibt ein Kassenbestand von 248,80 Mark. Die Mitgliederzahl stieg von 143 auf 517. In den Filialvorstand wurden gewählt Kümmer, 1. Vorsitzender, Kuhn, 2. Vorsitzender, Kurt Müller, Kassierer, Albert Daad, Schriftführer. Eine große Zahl der als Gäste anwesenden städtischen Arbeiter trat dem Verbände als Mitglied bei.

**Rönsberg l. P.** Am 21. Januar fand eine Versammlung der Vertrauensmänner statt. Kollege Stamer gab den Bericht der Lohnkommissionsführung über die Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter, die am gleichen Tage stattgefunden hatte. Der Magistrat hatte zu dieser Sitzung die Verbandsleitung hinzugezogen. Die Forderung, die dem Magistrat eingereicht war, bestand aus folgenden Lohnklassen: Für ungelernete Arbeiter 10 M., für angelernte Arbeiter und Junggefelten 11 M., für Handwerker 13 M., für Frauen 8 M. Hierzu die zurzeit bestehenden Feuerungszulagen von 100 M. monatlich weiter zu zahlen. Der Magistrat hielt die Forderung für zu hoch. Es wurde aber durc' beiderseitiges Entgegenkommen folgendes Resultat erzielt: Für ungelernete Arbeiter 8 M., für angelernte Arbeiter und Junggefelten 9 M., für Handwerker 11 M., für Frauen 7 M. Hierzu auf jede Lohnklasse pro Schicht eine Wirtschaftszulage von 5,50 M., so daß sich die Löhne wie folgt zusammensetzen: Für ungelernete Arbeiter 13,50 M., für angelernte Arbeiter und Junggefelten 14,50 M., für Handwerker 16,50 M. Außerdem erhalten die Ausseher, Kolonnenführer, Werkmeister, Handwerker in gehobener Stellung 1 M. pro Schicht mehr. Nebenstunden bis 9 Uhr abends 50 Proz. von 9 Uhr an 100 Proz. Für jugendliche Arbeiter wurden 4 M. pro Schicht festgesetzt. Die Lohnerhöhung tritt rückwirkend vom 2. Januar 1919 in Kraft. Von drei zu drei Monaten soll die Wirtschaftszulage einer Prüfung unterzogen werden. Die Altersstufen, Sonntagsarbeit und Schmutzzulage sind noch zu regeln. Die Lohnerhöhung für das Krankenhauspersonal und E. S. A. kommt in den nächsten Tagen zur Beratung. Da über der Tarif auf zentraler Grundlage noch Verhandlungen stattfinden, hat er seinen Abschluß noch nicht gefunden. Die Festsetzung der Löhne für jugendliche Arbeiter auf 4 M. wird von einzelnen Vertrauensleuten als zu niedrig gehalten. Kollege Stamer tritt diesen Ausführungen entgegen und betont, daß die Jugendlichen mehr und mehr von der Arbeit fernzubringen sind, um die Arbeitslosen und Kriegsinvaliden unterzubringen. Nachdem vom Kollegen Zimmermann angeregt wurde, sich mehr der Vertrauensarbeit zu widmen, damit das Kassieren der Beiträge besser vorstatten geht, wurde die Versammlung geschlossen.

**Kahr.** Am 25. Januar fand für die beim Zeugamt beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen auf Veranlassung unseres Verbandes eine Versammlung statt, welche sich insbesondere mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigte. Das Referat hatte Kollege Dürrer übernommen. Es schloffen sich alle Anwesenden der Organisation an. Beschlössen wurde, an das Zeugamt den Antrag zu stellen, daß die Lohnverhältnisse in Zukunft tariflich zu regeln sind, und daß für das Ausfallen der Kriegsanzulagen eine Erhöhung der Löhne um 25 Pf. pro Stunde als Ausgleich zu gewähren sei.

**Offenbach a. Main.** Endlich, nach langem Warten, wurde am 23. Januar 1919 von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig unserer Forderung vom 24. Februar 1918 in der Generalversammlung beschlossenen Forderung zugestimmt. Die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter und Bediensteten, die nach der Lohnstafel der allgemeinen Arbeitsordnung und der Lohnstafel der Dienstordnung für die Straßenbahn abgelohnt werden, erhalten mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab eine 40prozentige Erhöhung des Grundlohnes. Unter Grundlohn ist zu verstehen der Gehalt der Lohnstafel der Klasse und der Stufe, in der sich die betreffenden Arbeiter am 1. Januar 1919 befanden haben. Die städtischen Lehrer, Beamten und Bureauhilfsarbeiter und -arbeiterinnen erhalten mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab eine Gehaltserhöhung ihres Grundgebältes von 40 Proz. bei einem Gehalt von 1000 M., 30 Proz. bei einem Gehalt von 4001 bis 6000 M., 20 Proz. bei einem Gehalt von über 6000 M. Als Grundgehalt ist anzusehen das Anfangsgehalt derjenigen Kategorie (Klasse) von Beamten, der der Betreffende am 1. Januar 1919 angehört hat. Die laufende Feuerungszulage wird gemäß den früher beschlossenen Grundätzen weiter gezahlt.

**Wollensbüttel.** In der gutbesuchten Versammlung der städtischen Arbeiter am 23. Januar referierte Kollege Reichner-Dannover über die Notwendigkeit der Organisation. Nach reichlicher Aussprache trat eine große Zahl der Anwesenden dem Verbände bei. Damit ist die vor dem Kriege bereits bestandene Filiale wieder zu neuem Leben eremdet. In den Filialvorstand wurden gewählt: Gustav Volen, 1. Vorsitzender; Max Wagner, 2. Vorsitzender; Kurt Lüddecke, Kassierer; Kurt Lüddecke, Schriftführer. Beschlössen wurde, an jedem Donnerstag nach dem Monatsessen eine Versammlung abzuhalten.

• Theaterarbeiter •

**Darmstadt.** Eine stark besuchte Versammlung hielten unter hiesigen Theaterarbeiter am 29. Januar im Saale zum „Goldenen Strich“ ab. Gustav Becker-Mannheim erläuterte die Forderungen zum Tarifvertrag, die der Verband an das Landes-theater einreichen will. Der Grundhalt soll gleich sein mit den städtischen Arbeitern. Die in der Diskussion vorgebrachten Wünsche wurden noch in die Eingabe aufgenommen.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Das Schicksal der elsass-lothringischen Gewerkschaften. Am 4. und 6. Januar hat in Straßburg i. El. eine Konferenz stattgefunden zu dem Zweck, das Verhältnis der elsass-lothringischen Gewerkschaften zum französischen Gewerkschaftsbund zu regeln. Ein sofortiger Anschluß an den Gewerkschaftsbund stoße auf sprachliche Hindernisse, so führte Jubs der Embreuser aus, er mache den Vorschlag, die bestehenden 48 Gewerkschaftsgruppen ihren Verufen nach in 14 Industrieverbänden zu vereinigen. Die Franzosen widersprachen. Dieser Plan wende sich gegen die Norm der französischen Organisation, welche die Gruppen in Verbänden nach Beruf oder Industrie und nicht in Bezirksorganisationen vereinige. Schließlich wurde beschlossen, drei Bezirksverbände zu schaffen mit dem Elbe in Weib, Straßburg und Mühlbauern. Diese bilden den Regionalverband, und dieser schließt sich dem französischen Gewerkschaftsbund an. Unter and. in wurde betont, daß jetzt die wirtschaftlichen Kämpfe im Vordergrund stehen. Die Löhne ständen weit unter den Unterhaltungskosten, die Arbeiterlöhne gebe sich nicht mehr mit dem Zustande der Vergangenheit zufrieden. Nachdem der Vertreter der französischen Gewerkschaften Douhoux erklärt hatte, die elsass-lothringischen Gewerkschaften könnten vollständig auf die moralische und materielle Unterstützung der französischen rechnen, wurde der sofortige Anschluß vollzogen. Wie man sieht, vollziehen sich unter dem Druck der Besatzung in Elsass-Lothringen Dinge, die ein klares Licht werfen auf die Stimmung, die dort herrscht. Die Gewerkschaftler machen bereits vor den Verbänden über der Friedensschluß weitgehendsten Gebrauch von ihrem Selbstbestimmungsrecht, und dieses zieht sie hin nach Frankreich.

• Rundschau •

Sozialisierung durch Kommunen. Die Sozialisierungs-Kommission hat letzten in zwei Vorträgen die allgemeinen Grundzüge der Kommunalisierung erörtert. In der Ansprache, die in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und Bundesräten stattfand, beteiligten sich auch einige hervorragende Kommunalpolitiker, u. a. Oberbürgermeister Schwandt (Straßburg), Oberbürgermeister Dermuth (Berlin), Stadtrat Vöhring (Berlin), Hugo Demmann (Berlin), Oberbürgermeister Wüher (Bresden) u. a. Der Vortrag lag der Gedanke zugrunde, daß ohne in die Besonderheiten der einzelnen kommunalen Wirtschaftszweige einzugehen, allgemeine Grundzüge über die rechtlichen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Voraussetzungen für eine Kommunalisierung gewonnen werden können. Demgemäß wurde eingehend darüber verhandelt, in welcher Weise die rechtlichen Voraussetzungen für die Ausdehnung des gemeindlichen Wirtschaftslebens ausgedehnt seien. Danach wurden die Erfahrungen und Aussichten des städtischen Monopolbetriebs und der im weitern Sinne gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in verschiedenen Wirtschaftszweigen, namentlich der Nahrungsmittelversorgung (Milch, Fleisch, Brot) durchgesprochen. Darauf wurden die verschiedenen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Monopolfirmen erörtert. Eine eigene Sitzung galt dann dem Bau- und Wohnungsproblem, insbesondere den Fragen, ob der Eigenbau der Gemeinden oder der Bau durch gemeinnützige Organisationen vorzuziehen sei, ferner wie die Befreiung der Kaufleute zu organisieren sei, wie die Gemeinden einen eigenen Häuserbesitz verwalten und in welcher Weise die Erhöhung der Kaufpreise auf die Mietpreise bei den alten Häusern zurückwirke. Die Absicht dieser Besprechung geht dahin, unbeeinträchtigt der Einzelerörterungen über die einzelnen wirtschaftlichen Fragen schon jetzt den allgemeinen Rahmen festzustellen, in dem die Ausdehnung des gemeindlichen Betriebes vor sich zu gehen hätte. Es wird ertragen, der Regierung den Entwurf zu einem von Reichs wegen zu erlassenden Rahmengesetz zu unterbreiten, durch das die Bundesstaaten zu einem einheitlichen Vorgehen in dieser Richtung angehalten wären. Insbesondere wäre in diesem Falle die Errichtung von Zweckverbänden benachbarter Gemeinden für den Betrieb solcher Unternehmungen zu erleichtern, die einerseits über den Rahmen der Einzelgemeinden hinausgehen, andererseits aber einem lokal begrenzten Bedarf dienen. Ferner wäre sowohl den Einzelgemeinden wie den Zweckverbänden das Enteignungsrecht zu geben. Die Kommission behält sich vor, die Verhältnisse einzelner wirtschaftlicher Zweige, die für die Kommunalisierung in erster Reihe in Frage kommen, mit Sachleuten und Interessenten zu erörtern.

Die Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge. Wichtige Zweige unserer Volkswirtschaft, vor allem die Landwirtschaft und Teile des Hochleistungsbauwesens, leiden unter bedrohlichem Mangel an Arbeitskräften. Dem deutschen Volke steht deswegen eine Not bevor, deren Größe und Dauer leider meist nicht erkannt werden. Gleichzeitig drängen sich Arbeiter in täglich wachsender Zahl in den Städten zusammen, festgehalten oder angelockt durch die bisherige Handhabung der Erwerbslosenunterstützung. Dieser Zustand ist untragbar; so gerbricht unsere Produktion und die Finanzkraft

von Reich, Staat und Gemeinde geht vollends verloren. In vier Punkten vornehmlich bedarf die Erwerbslosenfürsorge der Neuordnung: 1. Die Verpflichtung des Erwerbslosen, eine Arbeit anzunehmen, die ihm nach seinen Körperkräften zugemutet werden kann, und für die angemessener ortsüblicher Lohn gewahrt wird, muß endlich durchgesetzt werden. 2. Es ist kräftiger als bisher darauf hinzuwirken, daß Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind und dort jetzt keine Arbeit mehr finden, in ihren früheren Wohnort zurückgeführt werden. 3. Die bislang bestehende Arbeit der Gemeinden bei Bestimmung der Unterstützungssätze muß eingeschränkt werden, weil diese Sätze verhältnismäßig eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr zu rechtfertigen ist und die Erwerbslosen von der Arbeit zurückhält. 4. Um verheirateten Erwerbslosen die Annahme von Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zu ermöglichen, muß die Gemeinde die Ausgaben erhalten, der zurückbleibenden Familie die Familienzuschläge zur Unterstützung zu belassen. Eine Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge nach diesen Gesichtspunkten ist erfolgt durch die Verordnung betreffend Abänderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918, die das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung am 15. Januar 1919 erlassen hat. Die Reichsregierung erhofft von der Befolgung dieser neuen Verordnung die im allgemeinen Interesse gebotene Besserung der Verhältnisse.

Eine Verordnung über Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer ist vom Staatssekretär des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung erlassen. Danach soll in Streitfällen zwischen gewerblichen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, soweit es sich um Lohn und Auswahl der in einem Betriebe einzustellenden Arbeiter sowie um die Festsetzung der Arbeitslöhne handelt, durch Schlichtungsausschüsse verhandelt und nötigenfalls durch Schiedspruch eine Entscheidung herbeigeführt werden. Eine ähnliche Verordnung soll in nächster Zeit für die Angestellten erlassen werden.

Demokratische Gemeindeverwaltungen. Das preussische Staatsministerium erläßt eine Verordnung, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Die Neuwahl der Gemeindevertretungen muß bis zum 2. März an einem Sonntag auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller Männer und Frauen nach dem Maßstab der Verhältniswahl erfolgen. Am 2. März verlieren dann die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Wirkung. In Verfolg dieser Verordnung hat das preussische Ministerium des Innern jetzt eine Verfügung erlassen, welche die Vornahme der Wahlen von Magistratsmitgliedern oder Gemeindevorständen durch die jetzigen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Gemeindevertretungen untersagt. Dadurch wird zugleich mit der Demokratisierung der Gemeindevertretungen auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung fanden am 28. Januar 1919 statt. Die Wahlbeteiligung war im ganzen geringer als bei den acht Tage früher vollzogenen Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Das Kräfteverhältnis ist aber ungefähr das gleiche geblieben. An Abgeordneten erhalten: Sozialdemokratische Partei Deutschlands 145, Christliche Volkspartei 85, Deutsche Demokratische Partei 85, Deutschnationale Volkspartei 48, Deutsche Volkspartei 24, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 24 Sitze, Schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiter-DEMOKRATIE 1, Welfen 2 und die Vereinigte deutsch-hannoversche und Zentrumspartei 7.

Ein großer grundsätzlicher Fortschritt in unserem Siedlungs-wesen. In aller Stille, ohne viel Aufsehens, scheint sich jetzt ein Fortschritt von großer grundsätzlicher Bedeutung in unserem Siedlungs-wesen zu vollziehen. Im Rahmen des Reichsarbeitsamtes ist nämlich jetzt vor kurzem eine besondere Abteilung für Wohnungs- und Siedlungswesen gegründet worden, an deren Spitze der neue Reichs- und Staatskommissar für das Wohnungswesen, Herr Scheidt, steht. Dieser Abteilung ist nun zugewiesen nicht nur die städtische Wohnungsfürsorge, sondern auch die ländliche und das Siedlungswesen überhaupt. Damit ist einmal gesagt, daß nunmehr von oberster Reichsstelle aus eine planmäßige Wohnungs- und Siedlungspolitik in Stadt und Land getrieben werden soll, woran es bislang nur zu sehr geblieben hat, zum anderen aber ist damit für diese große Aufgabe von Anfang an die notwendige Einmütigkeit angebahnt — und gerade hierauf ist im Interesse der Ende das allgerade Gewicht zu legen. Nur bei einem einheitlichen, innerlich übereinstimmenden Vorgehen in Stadt und Land wird es möglich sein, die großen Probleme unseres Siedlungswesens überhaupt in der richtigen, erfolgversprechenden Weise in Angriff zu nehmen, und insbesondere kann es nur bei solcher Einmütigkeit gelingen, auf die große Frage der richtigen Verteilung der Bevölkerung über das ganze Reichsgebiet allmählich den nötigen Einfluß zu gewinnen. Diese Frage aber ist gerade für das neue Deutschland in seinen bedrängten Verhältnissen von der allergrößten Wichtigkeit. Auf der einen Seite bedürfen bei uns beträchtliche, dicht bevölkerte Kleinbauerngebiete einer gewissen Entlastung, kraft deren sie ihre über-schüssige Bevölkerung abströmen lassen können, auf der anderen aber harren weite dünn bevölkerte Gebiete des Großgrundbesitzes und der Moorgegenden der Siedlungsbedürfnisse, die sie zum Vorteil

des Gemeinwohls zu neuem Leben und neuer Kraft erwecken sollen. Nicht minder ist ein Ausgleich zwischen fortwirtschaftlicher und landwirtschaftlicher, zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung gerade in der nächsten Zeit dringend notwendig. Infolge der Einwirkungen des Krieges und der Revolution werden Hunderttausende, vielleicht Millionen in den Städten und der Industrie keine Lebensmöglichkeit mehr finden, auf dem Lande aber bietet sich solche durch die geplante großzügige innere Kolonisation und durch den in die Wege zu leitenden allgemeinen intensiveren und moderneren Betrieb der Bodenkultur! Endlich müssen aber auch in der Verteilung der städtischen und industriellen, überhaupt der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung über das Staatsgebiet allmählich gewisse Veränderungen herbeigeführt werden. Wir wollen und müssen Loskommen von der bisherigen einseitigen Zusammendrängung in den Großstädten und der einseitigen Großstadtkultur, auch die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung muß wieder viel mehr Zusammenhang mit dem Boden und mit der Natur bekommen, das ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für unser Volk. Dazu ist aber eine planmäßige großzügige Dezentralisationspolitik zur Auflockerung der großen Städte und zur Förderung auch der kleineren Orte notwendig. So erörtern sich Aufgaben über Aufgaben allerwichtigster Art für die neue Abteilung, deren glückliche Lösung von entscheidender Bedeutung für den Wiederaufbau unseres Landes sein wird. Selbstverständlich ist es unmöglich, daß die neue Abteilung alle diese Aufgaben mit einem Schläge löst, aber es ist schon etwas Großes, daß nun wenigstens ein planmäßiger Anfang gemacht wird. Für gutes Fortschreiten wollen wir alle herzlich Glück auf den Weg wünschen, denn es sind unser aller Lebensinteressen, um die es sich da handelt!

### Zwei Erschlagene.

Märtyrer . . . ? Nein.

Aber Döbelsbrunn.  
Sie sagten. Wie selten ist das heute.  
Sie pasten zu, und sie schien sich ein:  
Sie wollten nicht nur Theoretiker sein.

Er: ein Wirtspol von mittleren Mäßen,  
er suchte das Menschenheil in den Straßen.  
Nimmer Aert: es liegt nicht da.  
Er tat das Seine, wo er es sah.  
Er wollte die Hinterdrücken heben,  
Er wollte für sie ein menschliches Leben.  
Sie haben den Idealisten betrogen,  
Den Herzelt verachteten die eigenen Wegen.  
Sie machten die Kassen, der Anstalt tollt —  
Nimmer Aert, hast du das gewollt?

Sie: der Mann von den zwei Beiden.  
Ein Leben voll Hoch und Ernüchterungen.  
Hohn und Spott und schwarz-weiße Schifane  
und dennoch frei der Fahne, der Fahne!  
Und immer wieder: Hoff und Erlösung  
und Spitzelgagd und Caudratsbedrängnis.  
Und immer wieder: Erlösung und Hoff. — —  
Sie hatte die sturkste Manneshaft.

Die Dazje des Rinafsteins zerschneid die Fäden.  
Da liegen die Beiden am Hotel Eden.  
Bestelle Urbiell Die Bourgoisiel!  
So tatkräftig war die gute noch nie . . .  
Wehrlos wurden zwei Menschen erschlagen.

Und es freischen Geier die Totenklagen:  
Gott sei Dank! Vorbei ist die Not!  
„Man schlug“, schreiebt Einer, die Galtlerin tot!  
Wir atmen auf! Hurra Bourgoisiel!  
Jetzt spiele dein Spielchen ohne die!

Nicht ohne! Man kann die Körper zerschneiden.  
Über das Eine bleibt von den Beiden:

Wie man sich selber die Irreue hält,  
Wie man gegen eine feindliche Welt  
mit reinem Schilde streiten kann,  
Das vergißt den beiden sein ehrllicher Mann!

Wir sind, weiß Gott, keine Spartaciden.  
Ehre zwei Kämpfern!

Sie ruhen in Frieden!

Kolpar Hausen L. d. Zeitheft „Die Weltkämpfer“.

### Eingegangene Schriften und Bücher

Kosmos, Handwörter für Naturfreunde. Herausgegeben und verlegt vom Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde. Jahrgang 1918 H. 11/12. Mit Buchbeilage Bd. 4: Dr. Alfred Hakerill Von Heig- und Raufschmitteln. Jährlich 12 Hefte mit 4 Buchveröffentlichungen, Preis halbjährlich RM. 8,00.

### Totenliste des Verbandes.

- |   |   |
|---|---|
| <b>Albert Berger, Magdeburg</b><br>Straßenreinigung<br>† 19. 1. 1919, 58 Jahre alt.   | <b>Friedrich Laible, München</b><br>Maurer<br>† 18. 1. 1919, 50 Jahre alt.          |
| <b>Otto Dittich, Weiden</b><br>Gasanstalt<br>† 7. 11. 1918, 82 Jahre alt.             | <b>Friedrich Möwe, Königsberg</b><br>† 4. 1. 1919, 47 Jahre alt.                    |
| <b>Therese Groß, München</b><br>Hausmeisterin<br>† 18. 1. 1919, 59 Jahre alt.         | <b>Josef Säuger, München</b><br>Invalide<br>† 17. 1. 1919, 74 Jahre alt.            |
| <b>Alois. Feilshauer, Breslau</b><br>Gasanstalt 2<br>† 19. 1. 1919, 52 Jahre alt.     | <b>Mik. Schmidt, München</b><br>Straßenbahn<br>† 18. 1. 1919, 44 Jahre alt.         |
| <b>W. Frei, Schwab-München.</b><br>Gemeindevorsteher<br>† 22. 12. 1918, 69 Jahre alt. | <b>Michael Schöcker, Jülich</b><br>Pensionär<br>† 6. 1. 1919, 71 Jahre alt.         |
| <b>Ella Gerike, Lichtersfeld</b><br>Kreistranfenhaus<br>† 28. 1. 1919, 20 Jahre alt.  | <b>Johann Seidel, Dambach</b><br>Gastwirt<br>† 17. 1. 1919, 59 Jahre alt.           |
| <b>Joh. Hauser, München</b><br>Gasfabrik<br>† 17. 1. 1919, 40 Jahre alt.              | <b>Josef Simanski, Berlin</b><br>† 25. 1. 1919, 51 Jahre alt.                       |
| <b>Glasius Jäger, München</b><br>Invalide<br>† 21. 1. 1919, 72 Jahre alt.             | <b>Bernh. Stork, Ruffingen</b><br>Feldher<br>† 16. 1. 1919, 55 Jahre alt.           |
| <b>Johann Kehler, Königsberg</b><br>† 2. 1. 1919, 61 Jahre alt.                       | <b>Georg Krögler, München</b><br>Straßenbauarbeiter<br>† 25. 1. 1919, 52 Jahre alt. |
| <b>A. Vogelmann, Königsberg</b><br>† 18. 12. 1918, 59 Jahre alt.                      |   |



### Opfer des Weltkrieges:

- |   |   |
|---|---|
| <b>August Berner, Stuttgart</b><br>im Alter von 27 Jahren<br>gefallen.  | <b>Richard Schmidt, Berlin</b><br>am 26. Oktober 1918 im Alter<br>von 31 Jahren gefallen. |
| <b>Georg Brauhle, München</b><br>am 16. Dezember 1918 i. Alt. v.<br>38 J. in der Ukraine ermordet.            | <b>Hart Schwenger, Stuttgart</b><br>im Alter von 34 Jahren<br>gefallen.                   |
| <b>Friedrich Gülller, Jülich i. G.</b><br>am 13. Januar 1919 im Alter von<br>43 Jahren i. Lazarett gestorben. | <b>Otto Spindler, München</b><br>gefallen.  |
| <b>Max Hennrichsen, Berlin</b><br>am 16. Oktober 1918 im Alter<br>von 39 Jahren gefallen.                     | <b>Joh. Stegmüller, München</b><br>gefallen.  |
| <b>Sebastian Huber, München</b><br>gefallen.  | <b>Jakob Steiner, München</b><br>gefallen.  |
| <b>Heinr. Hutmacher, Köln</b><br>am 19. Januar 1919 i. Alter von<br>41 Jahren i. Lazarett gestorben.          | <b>Joh. Strinhanfer, München</b><br>gefallen.   |

Ehre ihrem Andenken!